

**Niederschrift über die öffentliche  
Sitzung des Ausschusses für Soziales**

am Montag, den 14.03.2022  
im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

---

Beginn:	15:30 Uhr
Ende	16:15 Uhr

---

**Anwesenheitsliste**

**Oberbürgermeister**

Deffner, Thomas

**Ausschussmitglieder**

Bucka, Markus, Dr.	Vertretung für Herrn Dr. Hans Holzhäuer
Eff, Hans Jürgen	
Erbguth-Feldner, Meike	
Fabi, Markus	
Hessenauer, Walter	Vertretung für Frau Elke Homm-Vogel
Meier, Johannes	
Pollack, Kathrin	
Raschke-Dietrich, Monika	
Sauerhöfer, Jochen	
Schaudig, Otto	
Schildbach, Milan	
Seiler, Friedmann	
Stein-Hoberg, Sabine	

**Schriftführerin**

Grytz, Ute

**Referenten**

Nießlein, Holger

**Weitere Anwesende**

Herr Frosch

***Abwesende und entschuldigte Personen:***

**Ausschussmitglieder**

Holzhäuer, Hans, Dr.  
Homm-Vogel, Elke  
Sauerhammer, Gerhard  
Schalk, Andreas

entschuldigt  
entschuldigt  
entschuldigt  
fehlt

# Tagesordnung

## Öffentliche Sitzung

- TOP 1   Anfragen/Bekanntgaben
- TOP 2   Herberge zur Heimat - Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Thomas Deffner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Ausschusses für Soziales geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Öffentliche Sitzung

### **TOP 1   Anfragen/Bekanntgaben**

#### **Anfrage - BÜNDNIS 90/DIE Grünen vom 13.03.22 Information zur Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern**

Herr Nießlein verweist auf die Anfragen von BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN sowie SPD und führt aus:

- Notunterkünfte:

Der ehemalige Festsaal im Bezirksklinikum sei derzeit mit 30 geflüchteten Personen belegt. Ein weiteres Gebäude auf dem Gelände des Bezirksklinikums mit 30 Unterbringungsplätzen werde evtl. noch zur Verfügung gestellt.

- Arbeitsgruppe: Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, siehe Koordinierungsgruppe.

Weiterhin werde der Distlersaal als kleinere Unterkunft für 30 Personen vorbereitet. Es sei noch unklar, wieviele Personen zugewiesen werden.

Die Turnhalle Karolinenschule (zweite Rückfallebene) stehe ebenfalls zur Verfügung, falls andere Unterkünfte nicht ausreichen. Die Flüchtlingsunterkunft in der Draisstraße sei ebenfalls noch möglich.

Derzeit seien in bestehenden Unterkünften 30 zugewiesene Flüchtlinge untergebracht. Die Vorlaufzeit betrage in der Regel zwei Tage.

Die Welle der Hilfsbereitschaft sei groß, mittlerweile liegen 70 Wohnraumangebote von Privatpersonen vor. Die Notunterkünfte sollen nur als Zwischenlösung dienen. Die Menschen sollen so bald wie möglich in regulären Wohnungen untergebracht werden. Viele Wohnungseigentümer stellen im Rahmen der Hilfsbereitschaft Wohnraum unentgeltlich zur Verfügung. Dies sei außerordentlich lobend zu erwähnen.

Es werde eine neue Stelle geschaffen, die nur dafür da sei, Interessenten in die Wohnungen zu vermitteln, die der Stadt Ansbach von privat angeboten werden.

Ansprechpartner bei der Stadt für Flüchtlinge, Ehrenamtliche sowie für Abgabe von Sachspenden sowie Geldspenden sei die

[ukrainehilfe@ansbach.de](mailto:ukrainehilfe@ansbach.de)

Eine entsprechende Tel. Nr. solle auf der Homepage der Stadt Ansbach bekanntgegeben werden. Es wurde bewusst auf eine Namensnennung einer einzelnen Person verzichtet, da das Telefon nicht immer von derselben Person bedient werde. Die Aufgabe der Person sei nicht die rechtliche Beratung sondern nur die Erstanlaufstelle. Die Anliegen werden direkt an die zuständigen Ämter, sei es Ausländeramt oder Sozialamt, weitergegeben.

Innerhalb der Stadtverwaltung gebe es eine Koordinierungsgruppe (Sozialamt, SG Katastrophenschutz, Herr Nießlein, Baureferat, Ausländeramt) bei Bedarf andere Ämter der Stadtverwaltung. Es finden regelmässige Treffen statt, so dass auf aktuelle Ereignisse reagiert werden könne.

Ab 15.03.2022 werden weitere Liegenschaften besichtigt (zusätzlich zu den Notunterkünften). Desweiteren sei die Stadt in Kontakt mit Pensionen und Hotels.

Herr OB Deffner ergänzt, dass er sich selbst ein Bild von der Lage im Festsaal des Bezirksklinikums gemacht habe. Die Stimmung sei dort den Umständen entsprechend gut, geprägt von Dankbarkeit. Unter den vielen Fragen sei u. A. die Frage um den Aufenthaltstitel.

Herr OB Deffner spricht seinen herzlichen Dank an das Bezirksklinikum sowie den Bezirk für die hervorragende Unterstützung aus. Mit Frau Savchenko sei jemand vor Ort, die die Sprache spreche, dies sei eine sehr gute Sache.

Herr Frosch verweist auf den erstellten Informationsflyer, der wichtige Informationen für die ankommenden Flüchtlinge sowie für die Helferkreise enthalte. Dieser Flyer werde auf der Homepage der Stadt Ansbach veröffentlicht und im Bezirksklinikum hinterlegt.

Personen, die im Bezirksklinikum untergebracht werden, dürfen selbstverständlich weiter reisen zu den nächsten Angehörigen. Vom Bezirksklinikum erhalte die Stadt Ansbach täglich Nachricht, wieviele Personen weiter reisen, damit die freien Plätze sofort wieder zur Verfügung gestellt werden können (ohne Einschaltung Regierung).

Wie strukturiert die Stadt Ansbach die Hilfe zur Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern?

Dies wurde dargestellt.

Wer ist die Ansprechperson hinter der auf der Webseite genannten Telefonnummer?

Die Fragen bezüglich Ansprechperson wurde beantwortet ebenso die Frage nach der Aufgaben der Stadt Ansbach.

Welche Aufgaben übernimmt allein die Stadt? Welche Aufgaben übernimmt SonnenZeit?

Heute habe ein Gespräch mit der SonnenZeit stattgefunden, es sollen keine Parallelstrukturen aufgebaut werden. Die SonnenZeit werde keine Aufgaben hinsichtlich Wohnungsvermittlung übernehmen, sondern nur die Wahrnehmung sonstiger, ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Welche anderen professionellen Kräfte sind mit eingebunden?

Fachleute aus den bereits genannten Ämtern sowie Caritas.

Gibt es Regularien, Abstimmung oder Evaluation?

Gesetzlichen Vorschriften wurden genannt und werden eingehalten.

Evaluation?

Hier sei die Zeit noch zu früh.

Wie viele Menschen aus der Ukraine sind bis jetzt in etwa angekommen?

30 Personen sind angekommen und wurden in Notunterkünften untergebracht. Ca. 50 Personen sind bei Verwandten oder Bekannten untergebracht. Eine Dunkelziffer sei nicht nennbar.

Gibt es genügend Wohnraum und Übersetzer\*innen?

70 Angebote wurden bereits genannt, genügend Übersetzer\*innen (17) seien vorhanden.

Welche Aufgaben kommen auf private Unterkunftgeber\*innen zu?

Eine Meldebescheinigung müsse ausgefüllt werden.

Wo finden private Helfer\*innen Informationen über Impfungen; z. B. in Ansbach?

Frau Savchenko ist vor Ort und kümmert sich. Herr OB Deffner antwortet, dass die Stadt Ansbach sofortige Impfungen anbiete, die Impfquote sei gut.

Welche Formulare sollen ausgefüllt werden? Gibt es diese bereits auf ukrainisch?

Sozialamt sowie Bürgeramt bieten Hilfe an, auch mit Hilfe von Übersetzern.

Wie soll der Schulbesuch ablaufen?

Es liege ein Schreiben des Kultursministerium vor, in dem hingewiesen werde, dass die Schulpflicht erst nach drei Monaten beginne, eine frühere Einschulung sei jedoch möglich, dies sei dem jeweiligen Schulleiter vorbehalten.

Ist angedacht im Jugendzentrum und anderen Räumen z. B. im Schülerscáfe offene Treffs anzubieten?

Das Jugendzentrum wurde mit aufgenommen.

Ist angedacht, die Sportvereine mit einzubinden?

Die Sportvereine wurden mit aufgenommen.

## **Anfrage Frau Pollack – Große Anzahl geflüchteter Personen - Verteilung**

Angeblich kommen im Ankerzentrum in Zirndorf 200 bis 300 geflüchtete Personen an.

Herr Nießlein antwortet, dass die Verteilung der Personen nach dem Königsteiner Schlüssel erfolge, Ansbach solle 2,3 % der zugewiesenen Flüchtlinge aufnehmen. Die Stadt Ansbach habe reagiert und sich im Vorfeld um diverse Unterkünfte gekümmert.

Herr Seiler bedankt sich für den Flyer, der auch in ukrainischer Sprache zur Verfügung steht und spricht sein grosses Lob an die Verwaltung aus.

Frau Erbgut-Feldner interessiert, welche konkreten Aufgaben die SonnenZeit übernimmt.

Herr Nießlein erklärt, dass die SonnenZeit eine eigenständige Institution sei. Sie vermittele Ehrenamtliche und sei keine Wohnungsvermittlung. Die SonnenZeit beabsichtige noch eine Person mit entsprechenden Sprachkenntnissen einzustellen, um bei Behördengängen behilflich zu sein.

## **Anfrage Frau Stein-Hohberg - Einrichtung WLAN im Festsaal**

Frau Stein-Hohberg schließt sich dem großen Lob an und bedankt sich für die zügige Einrichtung WLAN und würde sich freuen, wenn dies auch in den anderen Unterkünften möglich wäre. Vielleicht sind auch noch Kapazitäten Freifunkt vorhanden.

Herr OB Deffner antwortet, dass in der Unterkunft im Bezirksklinikum (Festsaal) WLAN eingerichtet wurde.

## **Anfrage Herr Dr. Buck –Wärmestube Tagesaufenthalt**

Herr Nießlein antwortet, dass die Wärmestube für Tagesaufenthalte nicht mehr zur Verfügung stünde. Die angedachten Räumlichkeiten in der Endresstraße (ehemalige Apotheke) wurden zwischenzeitlich anderweitig vergeben. Eine neue Räumlichkeit für Tagesaufenthalte werde besichtigt.

Herr Nießlein werde den Ausschuss für Soziales auf dem Laufenden halten.

## **Bekanntgabe - Seniorenpolitisches Gesamtkonzept**

Herr Nießlein informiert, dass das erste Gesamtkonzept aus dem Jahre 2008 stamme und fortschreibungsbedürftig sei, federführend sei hier Frau Buntebarth. Ein Interessenbekundungsverfahren wurde durchgeführt, ein Büro konnte gefunden werden. Die AFA Sozialplanung habe den Auftrag bekommen, dieses seniorenpolitische Gesamtkonzept fortzuschreiben.

Morgen findet die erste große Sitzung des Begleitgremiums statt.  
Teilnehmerkreis: Wohlfahrtsverbände, Pflegestützpunkte, Gesundheitsregion<sup>plus</sup>, Bezirksklinikum, Beirat für Menschen mit Behinderungen sowie die Fraktionen.

Die Laufzeit betrage ein Jahr, bis das Fortschreibungsprojekt fertig sei.

Herr Nießlein werde den Ausschuss für Soziales über den Sachstand auf dem Laufenden halten.

### **Anfrage - Offene Linke Ansbach vom 11. März 2022 Sozialstrategie gegen Belastungen und explodierende Energiepreise**

Herr Nießlein beantwortet die Anfrage wie folgt: Im letzten Ausschuss für Soziales wurde die Theamtik Mietobergrenzen behandelt. Bei der Neufestlegung der Mietobergrenzen wurden Heizkosten und Energiepreise nicht erhöht.

Die Vorschrift § 141 SGB XII - was die Zuständigkeit der Stadt betrifft - und § 67 SGB II - was das Jobcenter betrifft – besagt, dass der Sozialhilfeträger die tatsächliche Kosten übernehmen kann bis zu einer Frist von sechs Monaten ab Antragstellung. Im übrigen wird auf die vorgenannten gesetzlichen Bestimmungen verwiesen.

**Dient zur Kenntnis.**

### **TOP 2 Herberge zur Heimat - Sachstandsbericht**

Herr Frosch gibt einen Sachstandsbericht anhand der beigefügten PowerPoint Präsentation. Als Schwierigkeiten/Probleme führt Herr Frosch die begrenzte Anzahl an Plätzen (14), den sehr begrenzten Stauraum, die räumliche Enge, die fehlende Barrierefreiheit, die unzureichende Geschlechtertrennung sowie die „Nähe“ zum Bezirksklinikum an.

Herr Frosch spricht das Problem der denkmalgeschützten Treppe an. Die Barrierefreiheit sei nicht gegeben, der Einbau eines Treppenliftes sei aufgrund des Denkmalschutzes daher nicht möglich.

### **Anfrage Herr Meier - Barrierefreiheit Wärmestube**

Herr Meier bittet um Lösungsvorschläge für Umsetzung Barrierefreiheit.

Herr Frosch antwortet, dass die Barrierefreiheit ein Dauerproblem sei und führt weiter aus, dass Frau Stierl in Einzelfällen im EG ein Notbett aufgebaut habe. Es wurden sogar Personen in den ersten Stock hochgetragen.

Herr Frosch werde Rücksprache nehmen bei Frau Stierl sowie Herrn Schaller bezüglich Lösungsvorschlägen.

Herr Seiler spricht sein Lob für Frau Stierl sowie Herrn Schaller für die hervorragende Arbeit in der Wärmestube aus.

**Dient zur Kenntnis.**

## **Auflageverfahren**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales vom 12.10.2021 wurde durch Auflage genehmigt.

Thomas Deffner  
Oberbürgermeister

Ute Grytz  
Schriftführer/in